



Bettina Hagedorn
Mitglied des Deutschen Bundestages

Erklärung gemäß § 31 GO-BT vom 25.06.2014

Persönliche Erklärung nach § 31 GO der Abgeordneten Dr. Bärbel Kofler zur Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen zur zweiten Beratung der Bundesregierung über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2014 -Drucksache 18/700-

Aus folgenden Gründen lehne ich den vorliegenden Änderungsantrag ab:

Der Änderungsantrag zum entwicklungspolitischen Haushalt der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen stellt sehr spezifische finanzielle Forderungen für den entwicklungspolitischen Etat 2014, macht aber leider keine spezifischen Angaben zur Gegenfinanzierung.

Die pauschale Forderung, eine Erhöhung des entwicklungspolitischen Etats über den allgemeinen Abbau von umweltschädlichen Subventionen zu finanzieren, stellt keine belastbare Gegenfinanzierung dar.

Im Antrag der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen fehlen auch jegliche Verpflichtungsermächtigungen, die den zukünftigen Aufwuchs in den einzelnen Titeln sowie des Einzelplans 23 insgesamt abbilden.

Gerade diese Aufwuchsperspektive über das Haushaltsjahr 2014 hinaus ist aber wichtig.

Der vorliegende Haushalt der Koalition sieht im Vergleich zum Entwurf der Vorgängerregierung einen Zuwachs im Bereich der Verpflichtungsermächtigungen von rund 1,2 Milliarden Euro vor.

Insbesondere die zusätzlichen 750 Millionen Euro zur anfänglichen Finanzierung des Green Climate Funds (GCF) sind ein wichtiger Schritt. Auch eine Aufwuchsperspektive für den Zentralen Friedensdienst (ZFD) von zusätzlichen 15 Millionen Euro ist mir persönlich sehr wichtig.



Bettina Hagedorn
Mitglied des Deutschen Bundestages

Das Finanzministerium ist nun gefordert, die international zugesagte und von uns Sozialdemokraten gewollte, entwicklungspolitisch sinnvolle Erhöhung der Gelder zur Erreichung der ODA-Quote in den zukünftigen Haushalten abzubilden.

Klimaschutz, soziale Sicherung und Friedensförderung sind Prioritäten sozialdemokratischer Entwicklungspolitik. Prinzipiell ist daher für die Vielzahl der entwicklungspolitischen Herausforderungen auch ein Mehr an Barmitteln nötig.

Im diesjährigen Haushalt gibt es richtige Ansätze im Bereich der Zivilgesellschaft, der politischen Stiftungen und der Kirchen. Die Barmittel für den Globalen Fund zur Bekämpfung von Aids, Tuberkulose und Malaria (GFATM) sind mit 245 Millionen Euro um 45 Millionen Euro über dem Haushaltsansatz vom Jahr 2013 und die Globale Allianz für Impfung und Immunisierung (GAVI) erhält zusätzliche 3 Millionen Euro.

Darüber hinaus brauchen wir im Haushalt 2015 dringend Verpflichtungsermächtigungen für GFATM und GAVI, wie Zusagen für die Globale Partnerschaft für Bildung (GPE). Zu Titeln wie GAVI oder GPE äußert sich der Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen leider gar nicht.

Bettina Hagedorn, MdB